

Landrat Dr. Streit wirbt für zivile Nachnutzung der Housing Bitburg



In einem Schreiben an die rheinland-pfälzischen Regierungskoalitionäre Beck, Lemke und Köbler hat Landrat Dr. Streit mit konkreten Vorstellungen für eine zukünftige zivile Nachnutzung der Housing Bitburg geworben. Hier rechtzeitig Planungsalternativen zu entwickeln biete sich an vor dem Hintergrund, dass die Konversion der Air Base Bitburg voranschreite, die amerikanische Housing in Bitburg zum Teil schon entwohnt und bis Ende 2015 geräumt sei. "Dieses Gelände ist rund 75 Hektar groß und besteht aus mehr als 50 Wohnblocks mit über 1.000 Wohnungen nebst den zugehörigen Infrastruktureinrichtungen der Daseinsvorsorge (Kita, Schulen, Einkaufszentren, Post, Bücherei). Diese Infrastruktur würde sich hervorragend für eine Einrichtung mit Alleinstellungscharakter eignen: Gewerbe, Handwerk und Industrie klagen allenthalben über Fachkräftemangel. In den Gebäuden der Housing könnten Jugendliche aus europäischen Ländern mit hoher Jugendarbeitslosigkeit in ein- oder mehrjährigen Schulungs- und Ausbildungsjahren auf die Berufsmaturität in Deutschland vorbereitet werden. Diese Ausbildungsstelle wäre nicht nur regionalen Arbeitgebern, sondern auch Betrieben aus Rheinland-Pfalz bzw. dem gesamten Bundesgebiet dienlich", so Landrat Dr. Streit.

Bereits zu einem früheren Zeitpunkt hatte sich Landrat Dr. Streit an Ministerpräsident Beck gewandt mit der Bitte, die Einrichtung einer zentralen Bußgeldstelle für Rheinland-Pfalz (analog der zentralen Stelle für Mahn- und Vollstreckungsverfahren in Mayen) in Bitburg auf diesem Gelände zu prüfen. "Die Stadt Bitburg und der Landkreis werden eine solche Konversion im Ansatz nicht alleine schultern können, sondern sind auf Ihre Mithilfe angewiesen. Es würde uns freuen, wenn Sie eine solche landesweit bedeutsame Einrichtung in Ihren Koalitionsverhandlungen berücksichtigten", so der Landrat.

Kreisverwaltung des Eifelkreises Bitburg-Prüm, 27.04.2011